

# **Internationale Konferenz „Zivilgesellschaft, Medien und Staat: Demokratien im Angesicht der Manipulation von Informationen“**

## **Abschlussrede von Jean-Yves Le Drian, Minister für Europa und auswärtige Angelegenheiten**

**Paris, 4. April 2018**

Sehr geehrte Abgeordnete,

sehr geehrte Botschafterinnen und Botschafter,

liebe Freunde,

ich freue mich, an diesem Nachmittag des Austauschs und des Dialogs zu einer Frage, die in nur wenigen Jahren zu einer der wichtigsten und dringlichsten geworden ist und auf die wir eingehen müssen, die Abschlussrede zu halten. Meine Abschlussrede wird - und dafür möchte ich mich entschuldigen - recht lang werden, aber die Frage verdient ein Minimum an Reflexion. Ich bedanke mich ganz besonders bei dem Analyse-, Prognose- und Strategiezentrum, von dem mehrere Mitarbeiter, wie ich weiß, aktiv an der Vorbereitung und der erfolgreichen Durchführung der heutigen Veranstaltung mitgewirkt haben.

Diese Frage betrifft uns alle, uns, sprich den Staat, die politischen Entscheidungsträger und Verantwortlichen von Verbänden, die Medienfachleute, die Akteure der digitalen Welt, die Forscher und Lehrer, die Bürger selbst. Kurz gesagt alle, die wissen, dass Information und Demokratie in einem so engen Verhältnis zueinander stehen, dass das eine ohne das andere nicht bestehen kann und dass es ohne einen öffentlichen Raum, der von der Arbeit der Journalisten aufrechterhalten wird, kein demokratisches Leben geben kann. Genau so kann es auch keine Informationen ohne Institutionen und Regeln, die unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern Freiheit, Unabhängigkeit und Legitimität garantieren, geben.

Um nur den Fall Frankreichs zu nennen, spielten bei jedem der Gründungsmomente unserer Republik - und dabei handelte es sich auch oft um Krisenmomente, um Momente, an denen der eigentliche Sinn der Demokratie intensiv hinterfragt wurde - die Journalisten eine führende Rolle. Es ging darum, eine aufgeklärte öffentliche Debatte zu schaffen, immer mit der gleichen Forderung nach Vernunft, untrennbar verbunden mit der Suche nach Autonomie, die die moderne Staatsbürgerschaft ausmacht. Aus einem wichtigen Grund: Voraussetzung für die Autonomie ist der Zugang zu Informationen, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sich ein uneingeschränktes Bild zu machen.

In diesen kritischen Momenten waren es Journalisten, die Presse, die auf das Bedürfnis nach Wissen und Verständnis eingingen. Es hätte keine Dreyfus-Affäre sondern lediglich einen Unschuldigen gegeben, der verurteilt und anschließend in Vergessenheit geraten wäre, wenn Bernard Lazare nicht seiner Auffassung des Journalismus treu unter den ersten gewesen wäre, die versuchten, die Wirklichkeit

nachzustellen und die vom Militärgericht gegen den Kapitän Dreyfus angestellten Verratsanschuldigungen Schritt für Schritt zu widerlegen.

Während des Zweiten Weltkriegs wäre die Nacht der Besetzung völlig dunkel gewesen, hätte es nicht die Stimmen von Radio-London, von Maurice Schumann, René Cassin oder Pierre Brossolette gegeben, die dem politischen Projekt des freien Frankreichs Gestalt verliehen. Die Franzosen hätten ohne die Arbeit von Françoise Giroud, Jean-Jaques Servan-Schreiber zur Anprangerung von Folter nicht die selbe Wahrnehmung des Algerienkriegs gehabt. Diese Beispiele - und es sind nur einige von vielen - zeigen, in welchem Umfang es sich beim Journalismus um ein Instrument der Freiheit handelt, ohne das es keine aufgeklärte Ausübung der Staatsbürgerschaft geben kann.

Zu einem Zeitpunkt, an dem der Informationssektor einen tief greifenden Wandel erfahren hat, betreten wir diese neue Welt in dem Wissen, wie sehr die vorherigen Umbrüche im Bereich der Technik, die Verbreitung von Massenmedien, die Erfindung des Radios und anschließend des Fernsehers Instrumente des Fortschritts und der Demokratisierung unserer Gesellschaften gewesen sind. Hegel sagte: „Das Zeitunglesen des Morgens ist eine Art von realistischem Morgensegen“. Die Kämpfe um Emanzipation, die während des letzten Jahrhunderts stattgefunden haben und heute das Ziel einer größeren menschlichen Autonomie verfolgen, greifen alle auf ihre Art und Weise die Wahrheit dieses zu Beginn unserer politischen Modernität verfassten Satzes auf. Die großen Veränderungen im Bereich der Medien haben die Auswirkungen verzehnfacht, indem sie einem immer größeren Publikum den Zugang zu einem immer weiteren Informations- und Kenntnishorizont verschafft haben.

Die Entstehung eines globalen digitalen Raum verändert auf ein Neues die gesamten Bereiche der menschlichen Tätigkeit. Er ist zu einem eigenständigen Raum zur Regelung der internationalen Beziehungen, in sämtlichen Bereichen, und insbesondere dem der soft power und der öffentlichen Diplomatie, geworden. Das Quay d'Orsay hat die Richtung der digitalen Wende entschlossen eingeschlagen. Mit über einer Million Abonnenten ist der Twitter-Account unseres Außenministeriums der institutionelle Account Frankreichs mit der zweitgrößten Anzahl von Follower, er verfügt mittlerweile über 5 fremdsprachige Versionen, darunter seit einigen Monaten die russische. Ebenfalls möchte ich France Médias Monde erwähnen, die die Grundlagen unserer Kultur auf der ganzen Welt verbreitet. Heutzutage legen das Internet und die sozialen Netzwerke die neue Ordnung von Informationen und Informationsflüssen fest, in der das Publikum und die Resonanzstärke die Bedeutung eines Akteuren ausmachen.

Im letzten Jahrzehnt sind im Informationssektor neue Akteure aufgetaucht, die diesen Markt erobert und ein Kartell gebildet haben. Wir befinden uns heute im Angesicht eines Duopols, da der Zugang zur Presse, zu Informationen hauptsächlich über Google und Facebook stattfindet. Diese beiden Plattformen verfügen über eine Marktmacht, die die sämtlicher anderer Presseorgane in den vergangenen Jahrzehnten übersteigt. Durch sie wird der öffentliche Raum verändert: die Meinungsbewegungen und auch die Art und Weise wie Meinungen gebildet werden. Sie berühren somit das Herz des demokratischen Lebens, die Organisation des gesellschaftlichen Lebens selbst.

Die Revolutionen im Zuge des Arabischen Frühlings zeigten, welche wichtige Rolle die sozialen Netzwerke zur Mobilisierung der Bevölkerung spielen können. Wir beobachten heutzutage, wie sehr der ungehinderte Zugang zum Internet, die durch die digitalen Medien ermöglichte von Zeit und Raum entkoppelte Meinungs- und Informationsfreiheit, auch zum Ziel politischer Willkür werden können.

Was den Informationssektor betrifft, glaube ich, dass die Entwicklung des digitalen Raums durch drei Spannungen, die sich heute auf ihrem Höhepunkt befinden, bestimmt wurde: einerseits die Spannung zwischen der versprochenen Offenheit und den neuen Manipulationen, die durch diese Offenheit möglich gemacht werden; auf der anderen Seite die Spannung zwischen dem ungehinderten Zugang zu einem unendlichen Informationshorizont und der Realität einer fragmentierten digitalen Welt, die in Informationssilos unterteilt ist, in denen kontroverse Debatten immer weniger stattfinden; und schließlich die Spannung zwischen den sinkenden Kosten für Produktion und Verbreitung, die theoretisch das Entstehen neuer Informationsakteure erleichtern, und der Fragmentierung der Quellen selbst, dem sich breit machenden Zweifel an der Zuverlässigkeit der verbreiteten Informationen.

In diesem neuen Informationszeitalter muss die Demokratie auf die Frage eingehen, die sie von Anfang an begleitet hat, die Frage, die bereits Sokrates den Sophisten stellte: Wie kann die Meinung vor der Macht der Simulakren und jener, die mit ihr Handel betreiben, geschützt werden?

Bei der Vorstellung der internationalen digitalen Strategie Frankreichs im vergangenen Dezember habe ich gesagt, dass der digitale Raum entscheidend zum Fortschritt beiträgt und ich glaube fest daran, dass er unseren demokratischen Werten neue Impulse geben kann. Aber aus ihm können auch neue Risiken entstehen, insbesondere Risiken, die mit der Manipulation digitaler Informationen trotz der Offenheit und dem Fortschritt, die wir dem digitalen Raum zusprechen, einhergehen.

Die beispiellose Situation, der wir begegnen, ist auf eine Kombination von drei Faktoren zurückzuführen: erstens auf die Krisen und Zweifel, die unsere Demokratien seit einem Jahrzehnt durchleben; zweitens auf den Wandel, der aufgrund der Digitalisierung des öffentlichen Raums stattfindet und eine grundlegende Veränderung darstellt, die den Fragen und Spannungen in unseren Gesellschaften eine stärkere Resonanz verleiht; und schließlich auf die immer größere Bedeutung von Machtstrategien, im Rahmen derer im Bereich der Informationen ohne Skrupel auf digitale Destabilisierungsstrategien zurückgegriffen wird. Ferner stelle ich fest, dass in bestimmten Reden, wie in der des Stabschefs der russischen Streitkräfte im Februar 2013, „Informationsmaßnahmen“ als eines der möglichen Eingriffsinstrumente beschrieben werden.

Unsere Demokratien haben das gravierende Ausmaß dieses Phänomens erst spät erkannt. Dennoch haben wir gesehen, wie in offenen Konflikten, auch auf dem europäischen Kontinent, digitale Medien eingesetzt wurden, um Konfrontationen selbst im Informationsbereich auszutragen. Diese Realität nimmt im digitalen Zeitalter eine neue Form an: Wir sind in eine neue Ära der Propaganda eingetreten. Die Handhabung der Informationen über die Krise in der Ukraine und die Annexion der Krim war ein wichtiges Warnsignal. Die Bewusstseinsbildung hat sich mit den

unglücklichen Ereignissen während der letzten Wahlen beschleunigt, auch in Frankreich. Im Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten, Frankreich und Spanien waren sie alle durch die Verbreitung gefälschter Nachrichten und durch Computerangriffe gekennzeichnet, die darauf abzielten, die öffentliche Ordnung zu stören, den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahlen zu gefährden und so Zweifel oder Streit innerhalb des westlichen demokratischen Systems zu schüren.

Angetrieben von einer zynischen Vision des digitalen Raums versuchen diejenigen, die sich an diesem Ränkespiel beteiligen, die grundlegenden Prinzipien unserer Demokratie - Offenheit, Meinungs- und Informationsfreiheit - für Einmischungs- und Destabilisierungszwecke gegen diese selbst zu verwenden. Die Desinformation und das Vorhandensein von Propagandamedien sind natürlich kein neues Phänomen, aber der digitale Wandel und seine Auswirkungen auf die Art und Weise, wie sich die Öffentlichkeit und insbesondere unsere Jugend informiert, verleihen ihnen eine beispiellose Reichweite.

Der Begriff der gefälschten Nachrichten beziehungsweise der "fake news" ist zu einem zentralen Punkt der öffentlichen Debatte geworden. Was das für mich besorgniserregende Thema der Orchestrierung digitaler Strategien der Einmischung und informationellen Destabilisierung betrifft, so glaube ich, dass diese Kategorie eher zur derzeitigen Verwirrung beiträgt, als dass sie es ermöglicht, die Bedrohung, der unsere Demokratien ausgesetzt sind, präzise zu bestimmen. Das Manko dieses Begriffs ist, dass er dazu neigt, Phänomene unterschiedlicher Art, Motivationen und Folgen, die in keinem Verhältnis zueinander stehen, zu assimilieren.

Gefälschte Nachrichten können aus verschiedenen Gründen gefälscht sein: aus Versehen, durch Unachtsamkeit, durch mit der Verbreitung fortschreitende Deformation und durch ihre mehrfache Wiederholung, die sie zu digitalen Gerüchten werden lässt. Sie können auch mutwillig gefälscht werden, ohne politische Motivation, entweder weil sie als Scherz gedacht sind oder weil sie eine Einnahmequelle darstellen. Die Informationen im digitalen Raum beinhalten die Gefahr, dass den spektakulärsten Inhalten, und damit denen, die am ehesten massenhaft wiederholt und geteilt werden, ein komparativer Vorteil verschaffen wird, mit dem Vorteil, der damit für die Werbetreibenden einhergeht. „Likes“, „Retweets“ und das „Teilen“ von Inhalten machen sich bezahlt. Und im Allgemeinen machen sie sich gut bezahlt.

Gefälschte Nachrichten können auch in böswilliger Absicht verbreitet werden - dies wurde vorhin bereits an einem runden Tisch erwähnt, an dem ich teilnehmen konnte - , um dem digitalen Ruf einer Person oder einer Gruppe, eines Unternehmens zu schaden. Dieses zeigt sich auf besonders besorgniserregende Weise in dem zunehmenden Beharren auf Verschwörungstheorien.

Am gravierendsten ist es jedoch, wenn gefälschte Nachrichten als Teil einer globalen Strategie eingesetzt werden, als eine Aktion von strategischer Tragweite, die darauf abzielt, die Institutionen selbst zu destabilisieren, indem sie eine Bevölkerungsgruppe ins Visier nimmt. Der Begriff "gefälschte Nachrichten" ist hier unangemessen und unzureichend; er muss durch den Begriff "Manipulation von Informationen", den ich anhand von drei Kriterien definieren möchte, ersetzt werden. Erstens handelt es sich bei der Manipulation von Informationen um eine

Feldzugkampagne, an der sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure beteiligt sind. Zweitens beinhaltet sie die massive Verbreitung falscher oder verzerrter, bewusst erfundener Nachrichten, eine dank ihrer Automatisierung und Koordinierung virale Verbreitung. Drittens wird mit diesem strategischen Handeln auf ein feindseliges politisches Ziel hingewirkt: Herrschaft, Einmischung und Destabilisierung der betroffenen Bevölkerungsgruppen, Institutionen und Staaten beherrschen, um ihre Entscheidungen zu beeinflussen, die Autonomie ihrer Entscheidungen und die Souveränität ihrer Institutionen zu untergraben.

Die Komplexität dieser Vorgehen muss klar verstanden werden. In den Informationskampagnen dieser Art werden sowohl reale als auch verzerrte Informationen, übertriebene Fakten und von Grund auf erfundene Nachrichten kombiniert. Manchmal basieren sie auf Informationen, die in betrügerischer Weise gewonnen wurden, wie es beim Hacken der Emailaccounts von Emmanuel Macrons Wahlkampfteam der Fall war, oder zuvor des Servers der Demokratischen Partei in den Vereinigten Staaten.

Diese Kampagnen beginnen in den sozialen Netzwerken mit einem immer ausgefeilteren automatisierten Verstärkungssystem, durch das die virale Verbreitung von Informationen ermöglicht wird. Die Geschwindigkeit, mit der die Informationen verbreitet werden, ist übrigens oft ein interessanter Hinweis darauf, wie koordiniert und automatisiert das Phänomens ist.

Aber die ausgefeiltesten Strategien bestehen darin, eine Informationsquelle zu schaffen, die sich in fast allen Fällen als zuverlässig erweist, mit der Verzerrung, die ich bereits geäußert habe, um falschen Nachrichten zu gegebener Zeit Glaubwürdigkeit zu verleihen. Es handelt sich hierbei um die "Wäsche" dieses digitalen Falschgelds, als das die Nachrichten, die zuerst erfunden, verbreitet und dann von einer Behörde übernommen und in den Augen der Öffentlichkeit legitimiert werden, bezeichnet werden können.

Als Verteidigungsminister musste ich mich mit dieser Art von Angriffen auseinandersetzen, denn es handelte sich um Angriffe, als Daech falsche Anschuldigungen über Schäden an Zivilisten erhob, die dann vom syrischen Regime aufgegriffen und schließlich genau wie die Gegenerklärungen der Koalition in der Presse verbreitet wurden. Ich wusste, dass das nicht stimmte, da kein französisches Flugzeug an dem betreffenden Ort flog und die verwendeten Fotos die eines Bombenangriffs der syrischen Armee waren. Aber das Prinzip der Solidarität, das jeder Militärkoalition innewohnt, verbot es mir, dieses separat von meinen Verbündeten zu dementieren. Und genau diese Solidarität wurde durch diese Manipulation auf die Probe gestellt.

Eine wahre und darüber hinaus kostengünstige Desinformationsarchitektur wird seit mehreren Jahren, inklusive ihrer Trollfabrik und Botsysteme, aufgebaut und finanziert. Dass demokratische Gesellschaften während der Wahlperiode ins Visier genommen wurden kommt nicht von ungefähr. Denn in diesen Zeiten herrscht am meisten Spannung im öffentlichen Raum, in diesen Zeiten kommen die politischen Leidenschaften voll zum Tragen und die Polarisierung der öffentlichen Meinung bietet demnach die größten Spielräume für Instrumentalisierung. Das ist ebenfalls das Ziel, das diejenigen, die diese Kampagnen organisieren, dazu veranlasst,

bestimmte besonders sensible Themen zu wählen, um die Gesellschaft stärker zu spalten.

In den letzten Jahren haben wir die erste Welle dieser neuen Art der Informationsmanipulation erlebt. Der rasche Fortschritt im Bereich der künstlichen Intelligenz, die Kommerzialisierung für eine bescheidene Summe von immer leistungsfähigerer Software, die es ermöglicht, ein Video zu fälschen, all diese technologischen Innovationen, und auch die zukünftigen, werden denen, die versuchen, unser demokratisches Leben zu destabilisieren, neue Möglichkeiten zur Einmischung bieten. Sie könnten Desinformation auf eine neue Ebene bringen, indem sie versuchen, die Wahrnehmung der Realität selbst zu manipulieren und dabei immer das gleiche Ziel verfolgen: ein Klima des Misstrauens schaffen, die eigentliche Idee der Wahrheit untergraben, die Entstehung von Massen-Skepsis fördern.

Ich weiß, dass Sie die neuen möglichen Angriffsmodalitäten während Ihres Kolloquiums erörtert haben.

Wir müssen daher Wege finden, um dieser Herausforderung zu begegnen. Es geht nicht darum, sich in eine Logik des Informationskrieges hineinziehen zu lassen. Aber angesichts dieser Risiken und Angriffe sollte es unser Ziel sein, die Widerstandsfähigkeit des öffentlichen Raums zu gewährleisten, indem wir ein neues partnerschaftliches und liberales Modell entwickeln.

Der Ausgangspunkt unserer Überlegungen muss in der Tatsache liegen, dass demokratische und liberale Regime letztlich effektiver sind. Sie erleichtern Innovation, sie ermöglichen Konsens, sie verringern das Risiko autoritärer Tendenzen, mit denen Korruption und damit soziale Ineffizienz einhergehen; sie fördern Verdienst. Übrigens konnten die Instrumente, die von autoritären Regimen zur Destabilisierung eingesetzt werden, nur in offenen Gesellschaften entwickelt werden. Wir müssen daher weiterhin auf unsere Stärke und insbesondere auf unsere Widerstandsfähigkeit vertrauen, uns aber gleichzeitig anpassen, um denjenigen zu begegnen, die die Freiheit unserer Demokratien untergraben wollen.

Dieses defensive demokratische Modell hängt ebenso von staatlichem Handeln und unternehmerischer Verantwortung ab wie von der Wachsamkeit der Zivilgesellschaft und der Medien.

Die jüngsten Versuche, sich in unsere Präsidentschaftswahlen und in die demokratischen Verfahren der Partnerländer einzumischen, stellen eine schwere Verletzung sowohl des Volkswillens als auch der nationalen Souveränität dar. Die Schwere dieser Einmischungen darf nicht unterschätzt werden. Sie verlangen von den Behörden, dass sie Maßnahmen ergreifen, um die Integrität der Wahlen zu verteidigen, damit sie dem Willen der Mehrheit der Bürger entsprechen.

Die Kulturministerin rief dies bei der Eröffnung dieser Konferenz in Erinnerung. Das ist außerdem das Ziel der Initiative der Fraktion *La République en Marche*, die der Nationalversammlung die Vorschläge zweier Gesetze, eines organischen und eines gewöhnlichen, bezüglich der Verbreitung gefälschter Informationen, insbesondere im Wahlkampf, vorlegte.

Diese Vorschläge werden in den kommenden Wochen geprüft werden, und ich möchte die Arbeit des Kulturausschusses und des Rechtsausschusses loben, die diese Fragen aufgegriffen haben und ihre Arbeit in den nächsten Tagen aufnehmen werden.

Ziel des Projektes ist es, die Befugnisse der die volle Gewähr für die Unabhängigkeit eines Rechtsstaates bietenden Autoritäten zu verstärken, sprich der Richter und der Medienaufsichtsbehörde Conseil supérieur de l'audiovisuel als Hüter des ordnungsgemäßen Ablaufs der Wahlen, und die Kosten der Desinformationskampagnen für ihre Initiatoren zu erhöhen. Letztlich wird es das Projekt der Aufsichtsbehörde ermöglichen, innerhalb kürzester Zeit die Verbreitung böswilliger Inhalte, die kontrolliert werden oder unter dem nachweislichen Einfluss eines fremden Staates stehen, zu blockieren oder endgültig zu löschen.

Ähnliche Überlegungen führen derzeit auch mehrere unserer engen Partner an.

In diesen Destabilisierungskampagnen werden alle neuen Instrumente, die dank des digitalen Wandels zur Verfügung stehen, genutzt. Daher müssen die Behörden auch im technologischen Bereich tätig werden.

Kurzfristig bietet die Technologie vielversprechende Lösungen für die Vorbeugung, Erkennung und Dekonstruktion von Informationsmanipulationen. Dank des Fortschritts im Bereich der künstlichen Intelligenz verfügen wir heute über immer leistungsfähigere Instrumente, um koordinierte Kampagnen mit gefälschten Informationen zu identifizieren, der viralen Verbreitung sensationeller Informationen entgegenzuwirken, gefälschte Konten zu bekämpfen und unsere digitalen Infrastrukturen zu sichern. Wir sind nun in der Lage, Desinformationskampagnen im Vorfeld zu erkennen, sehr schnell zurückverfolgen, wer diese ins Leben gerufen hat, das Netzwerk von Sendepunkten oder Sendern, die zur Verbreitung dieser böswilligen Nachrichten beigetragen haben, ausfindigzumachen und gefälschte Konten, die dieser viralen Verbreitung dienen, zu deaktivieren.

Mit diesen uns zur Verfügung stehenden Instrumenten müssen wir in Zukunft die Anstifter von Kampagnen, mit denen unser Land destabilisiert werden soll, verfolgen und anprangern. Morgen müssen wir in der Lage sein zu sagen, wer Tausende von gefälschten Konten verwaltet, wer ihre Positionen lenkt, und wenn es Staaten sind - das kann passieren -, ihre Handlungen als das anprangern, was sie sind, und zwar feindliche Aktionen, die darauf abzielen, unser Lebensweise und unseren Institutionen zu schaden. Da diese Länder in der Regel "Nichteinmischung" und "Achtung der Souveränität" zu den Eckpfeilern ihres internationalen Diskurses gemacht haben, ebnen diese Perspektive sicherlich den Weg zu interessanten öffentlichen Erklärungen.

Ohne dies abzuwarten, müssen wir dennoch bedenken, dass das unser erstes Mittel zur Verteidigung die Widerstandsfähigkeit ist. Auch unser Verhalten muss sich ändern. Im Januar 2017 sprach ich mich dafür aus, dass alle, insbesondere Beamte, die sich mit sensiblen Angelegenheiten befassen, täglich eine Form der "Informatikhygiene" unter Beweis stellen, d. h. ihr Verhalten an das bestehende Risiko eines Informationslecks anpassen, unabhängig davon, welche Abwehrmaßnahmen wir ergreifen. Jede Computernachricht kann abgefangen

werden. Wer sie schreibt, muss sich diese Realität immer vor Augen halten, selbst im Rahmen eines harmlosen Austausches.

Zu diesem technologischen Werkzeugkasten müssen auch Bemühungen um Schulungen von Beamten gehören. Unsere Institutionen müssen sich internes Fachwissen aneignen, um selbstständig über Strategien nachdenken zu können, die diese Dimensionen vollständig integrieren. Dies ist noch nicht der Fall: Es gibt eine besorgniserregende Asymmetrie von Macht, Ressourcen und Informationen zwischen digitalen Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen. Dieses Gefühl des Kontrollverlustes trägt dazu bei, die Ängste unserer Bürger angesichts der Globalisierung und des technologischen Fortschritts zu schüren.

Es ist daher dringend erforderlich, über neue Modelle der Einstellung, Ausbildung, der öffentlich-privaten Partnerschaften und der Mobilität unserer Bediensteten zu innovativen Unternehmen nachzudenken, die die Verbreitung und den Erwerb dieses neuen Wissens ermöglichen. Die Universitäten und Institutionen, die die Führungskräfte unserer Verwaltungen ausbilden, spielen ebenfalls eine wesentliche Rolle bei der Bereitstellung geeigneter Programme.

In meinem Ministerium wird die Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit für die Einrichtung eines Frühwarn- und Überwachungssystems zuständig sein, damit wir schnell auf eine Informationsmanipulationskampagne reagieren können, die auf unsere Interessen im Ausland abzielt. Unser Ruf und das Vertrauen, das wir gewinnen können, sind ein wesentlicher Vorteil für unsere Diplomatie. Es ist daher wahrscheinlich, dass es angegriffen werden könnte, und es ist unsere Pflicht, in der Lage zu sein, schnell zu reagieren.

Innerhalb unseres diplomatischen Netzwerks werden insbesondere die Presseabteilungen mit der Aufgabe betraut werden, die möglichen Angriffe auf unsere Partner zu beobachten, zu analysieren und aus ihnen zu lernen. Ich hoffe, dass wir bereits bei der nächsten Botschafterkonferenz aus diesem Feedback und dem Austausch mit all jenen, die im Alltag, manchmal auf freiwilliger Basis, die Manipulationen aufspüren, Lehren ziehen können. Einige von ihnen sind unter uns, wie Herr Alaphilippe, der mit seinem Mitarbeiter Nicolas Vanderbiest bereits im Frühjahr 2017 die von Russland aus organisierten Kampagnen gegen den Kandidaten Emmanuel Macron dokumentierte. Wir werden dieses Thema ebenfalls in unsere zukünftigen Planungen und Prognosen miteinbeziehen.

Schließlich arbeitet das Analyse-, Planungs- und Strategiezentrum meines Ministeriums zusammen mit dem Institut für strategische Forschung der Militärakademie derzeit an einem Bericht, im dem die Analysen und Best Practices von unseren Partnern, Forschern, den Medien und Organisationen der Zivilgesellschaft auf der ganzen Welt zusammengetragen werden. Ich hoffe, dass wir daraus Lehren ziehen können. Die erste, bereits gut etablierte ist, dass es sinnlos ist, den Kopf einzuziehen, wenn man angegriffen wird. Wir müssen Lügen oder Verleumdungen anprangern, noch bevor sie verbreitet werden, und das Absurde an ihnen hervorheben.

Die Qualität der demokratischen Debatte und das Vertrauen der Bürger sind heute untrennbar mit der Architektur und den Funktionsweisen des digitalen Raums



verbunden. Der digitale Wandel bietet nicht nur neue Informationsinstrumente, er hat ebenfalls die Art und Weise verändert, wie wir uns informieren: Suchmaschinen und soziale Netzwerke sind gleichzeitig zu Informationsmedien und Filtern geworden, Journalisten verfügen nicht mehr weder über das Informationsmonopol noch über die Kontrolle über die Verbreitung ihrer Inhalte; die Suche der Internetnutzer selbst wird durch Algorithmen bestimmt, bei denen die Möglichkeit besteht, dass diese sie in „Informationssilos“ einsperren.

Das Projekt unserer demokratischen Gesellschaften erfordert auch, dass wir das wirtschaftliche Modell der Erhebung und Nutzung personenbezogener Daten in sozialen Netzwerken in Frage stellen, die an Akteure verkauft werden, die eine politische Agenda verfolgen, wie es der Skandal im Zusammenhang mit dem Unternehmen Cambridge Analytica kürzlich zeigte. Zu der Bedrohung durch autoritäre Staaten kommt die durch jene hinzu, die am meisten bieten, um den demokratischen Prozess zu ihrem Vorteil zu lenken.

Bisher haben sich die großen digitalen Plattformen geweigert, dieses Phänomen ernst zu nehmen. Allerdings müssen wir uns eines im Klaren sein: Es gäbe keine Manipulation von Informationen, wie wir sie heute kennen, ohne großer digitale Plattformen, die diese massiv und viral verbreiten können.

Natürlich sind ihre Methoden die gleichen wie die des KGB in den 1950er Jahren. Desinformation war bereits in der sowjetischen Doktrin ein wesentlicher Bestandteil der sogenannten „aktiven Maßnahmen“, die der Geheimdienst durchführte, um das Weltgeschehen zu beeinflussen. Man könnte sagen, dass es seit der „Operation Infektion“ des KGB im Jahr 1983, mit der das Gerücht verbreitet werden sollte, die US-Regierung habe das AIDS-Virus absichtlich geschaffen, einfach eine Änderung der Größenordnung gegeben hat. Aber es gibt Bereiche, wie z. B. den der Informationen, in denen sich in Wirklichkeit nicht die Größenordnung sondern die Art des Phänomens geändert hat. Die durch die sozialen Netzwerke ermöglichte Schlagkraft, die Fähigkeit, Zehntausende von Konten für fast nichts - lediglich durch die Finanzierung von ein paar Desinformationssoldaten oder den Einsatz von künstlicher Intelligenz - zu verwalten, all das macht die unendliche Reproduktion von feindseligen Kampagnen möglich, wo es zuvor Jahre dauerte, bis sie entworfen und vielfach von Menschen, die dafür bezahlt oder anderweitig dafür gewonnen wurden, weitergeführt wurden. Ein Beispiel dafür ist der jüngste Angriff mit dem Nervengasgift Nowitschok in Salisbury, bei dem bereits wenige Stunden nachdem das Vereinigte Königreich Russland direkt beschuldigt hatte, eine Reihe von alternativen Erklärungen im Internet kursierten, die schnell von auf die Enthüllung gefälschter Nachrichten spezialisierten Privatakteuren entdeckt wurden.

Wir können also nicht tatenlos bleiben. Ich möchte, dass wir ab sofort folgende Schritte unternehmen: Erstens, Transparenz bei den Lösungen, die diese Plattformen einführen und deren Auswirkungen und Umfang zu oft schwer einzuschätzen sind. Ich verstehe, dass Unternehmen das geistige Eigentum ihrer Algorithmen schützen. Ich möchte jedoch wissen, welche, auch allgemeine, Ziele sie verfolgen, wenn sie diese mathematischen Instrumente zum Ausbau ihrer Aktivitäten nutzen. Ich bin dafür, eine Transparenzpflicht für Personen oder Unternehmen einzuführen, die massiv gesponserte politische Inhalte kaufen, um deren Verbreitung zu fördern. Die von ihren Leitern durchgeführten Kommunikationsmaßnahmen sind

keine adäquate Antwort auf diese Herausforderung. Den Absichtserklärungen müssen konkrete und messbare Maßnahmen folgen. Zweitens ist es wichtig, dass personenbezogene Daten weitaus besser geschützt werden, als es heute der Fall ist. Außerdem müssen Vorkehrungen getroffen werden, die die Diversität und Qualität der Informationen gewährleisten. Wir müssen gemeinsam ein Höchstmaß an Schutz und Transparenz für alle fordern. Drittens muss jede Plattform eine Kontaktstelle einrichten, die erreichbar und rechenschaftspflichtig ist, um Informationsmanipulationskampagnen zu dokumentieren und zu Fall zu bringen. Dies kann im Zusammenhang mit Initiativen der Zivilgesellschaft geschehen, wie die von Christophe Deloire für ROG. Um zu erreichen, dass sich auch jene mobilisieren, die vorgeben könnten, nicht zu wissen, wer wirklich für die Desinformation und die demokratische Entfremdung verantwortlich ist, die das Endziel ist, möchte ich hinzufügen, dass der Staat in der Lage sein muss, von sich aus die Seiten zu veröffentlichen, auf denen er seinerseits die Finanzierung der öffentlichen Werbung wegen ihres extremistischen oder konspirativen Charakters ablehnt.

In seiner Rede zur Vorstellung des nationalen Plans zur Verhinderung von Radikalisierung erinnerte der Premierminister daran, dass Frankreich, wenn die Plattformen nicht innerhalb der nächsten drei Monate bei der Entfernung illegaler Inhalte zusammenarbeiten würden, eine europäische Gesetzesinitiative in Brüssel unterstützen werde, um sie zu solch einer Zusammenarbeit zu verpflichten. Frankreich unterstützt auch die Fertigstellung der europäischen Datenbank über illegale Inhalte durch Europol.

Was Inhalte betrifft, die in den Bereich der Informationsmanipulation fallen, so können sich einige von ihnen dieser Charakterisierung entziehen. Die derzeitige Situation sollte uns daher veranlassen, über die Instrumente nachzudenken, die notwendig sind, um die gegenwärtige Verantwortungslosigkeit, hinter der sich diese Unternehmen verstecken, auszugleichen. Ich denke dabei insbesondere an die Notwendigkeit, neben dem Status des Herausgebers von Inhalten und des technischen Hosts einen neuen Status zu schaffen, damit die Verantwortung der Plattformen für die Verbreitung von Informationsmanipulationen als solche charakterisiert werden kann.

Maßnahmen auf europäischer Ebene sind unerlässlich, um wirklich etwas zu bewirken. Frankreich möchte daher mit seinen Partnern ein gemeinsames europäisches Regelwerk definieren, insbesondere im Hinblick auf die Transparenz der gesponserten Inhalte, da diese bei der digitalen Informationsmanipulation eine wichtige Rolle spielen. Dies ist eine Forderung nach Loyalität gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, der die Plattformen gerecht werden müssen. Solch eine gemeinsame Grundlage schließt natürlich nicht aus, dass die Mitgliedstaaten auch auf nationaler Ebene Initiativen ergreifen können.

Wir müssen ebenfalls die richtigen Voraussetzungen für die Erhaltung pluralistischer und qualitativ hochwertiger Informationen schaffen. Ich denke dabei insbesondere an die Anerkennung eines verwandten Rechts zugunsten von Presseverlagen im Rahmen der Überarbeitung der Urheberrechtsrichtlinie. Auch finanzielle Unterstützungsmechanismen auf nationaler oder europäischer Ebene könnten nützlich sein. In diesem Zusammenhang ist Frankreich der Auffassung, dass der Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen die Unterstützung von

Presseunternehmen und die Entwicklung der Online-Präsenz von öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nicht verhindern sollte.

Die Europäische Kommission hat das Thema aufgegriffen und im Januar eine Expertengruppe aus Wissenschaftlern, Journalisten und Vertretern digitaler Plattformen einberufen, die ihren Bericht am 12. März vorgelegt hat. Das ist ein erster Meilenstein, aber aus meiner Sicht ist er immer noch nicht ehrgeizig genug.

Auf der Grundlage dieser Arbeiten und einer öffentlichen Beratung kündigte die Kommission für den 25. April eine Mitteilung zu diesem Thema an. Wir erwarten diese Veröffentlichung und hoffen, dass die Kommission die Notwendigkeit einer Regulierungsinitiative zur Transparenz der gesponserten Inhalte bekräftigt.

Schließlich haben wir in Fällen, in denen die Manipulation von Informationen auf Inhalten beruht, die in den Anwendungsbereich von Straftaten fallen (Hassreden, Handelsbetrug, Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums), die von der Kommission am 1. März veröffentlichten Leitlinien zur Entfernung illegaler Inhalte begrüßt. Diese Leitlinien legen operative Maßnahmen fest, um die Aufdeckung und Entfernung illegaler Inhalte im Internet zu beschleunigen, die Zusammenarbeit zwischen Internetplattformen, vertrauenswürdigen Hinweisgebern und Strafverfolgungsbehörden zu stärken und die Transparenz und den Schutz der Bürger zu erhöhen.

Über die europäische Ebene hinaus müssen Erfahrungen und Fachwissen mit allen unseren internationalen Partnern geteilt werden, und dies muss im Rahmen der G7 diskutiert werden. Genau das werde ich in einigen Wochen in Toronto mit den G7-Außen- und Innenministern tun. Während seinem G7-Vorsitz hat Kanada den Vorschlag aufgegriffen, den wir im vergangenen Jahr vorgebracht haben, um die Probleme im Zusammenhang mit Versuchen, sich in demokratische Prozesse einzumischen, anzugehen. Ich hoffe, dass dieses Treffen eine Gelegenheit für eine offene Diskussion über diese Herausforderung und die von ihr geforderten Lösungen bietet.

Zu diesem Zweck haben wir vorgeschlagen, dass die G7-Staaten ihre Koordinierung und ihre Fähigkeit, auf diese Einmischungsversuche zu reagieren, verstärken, indem sie beispielsweise ein Netz von Kontaktstellen einrichten, um einen oder mehrere Partner zu alarmieren, wenn eine Informationsmanipulationskampagne entdeckt wird, und um Informationen und Lösungen rasch austauschen zu können. Wir hoffen auch, dass sich die G7-Staaten auf bestimmte zu beachtende Grundsätze und zu fördernde Standards einigen können, insbesondere im Hinblick auf die Transparenz bei der Finanzierung der politischen Werbekampagnen oder die Stärkung der Fähigkeit der Medien und der Zivilgesellschaft, auftretende Manipulationen zu erkennen und zu bekämpfen.

In diesem Bereich, der die Grundsätze unserer Demokratie betrifft, können die öffentlichen Akteure allein keine endgültige Lösung bieten. Es ist auch Aufgabe der Zivilgesellschaften, Abwehrkräfte zu entwickeln, um unsere kollektive Widerstandsfähigkeit zu gewährleisten.

Das machen sie bereits. Dies wurde von den Teilnehmern an den Runden Tischen heute Nachmittag ausführlich demonstriert. In dieser Hinsicht bietet die Journalism Trust Initiative von Reporter ohne Grenzen eine äußerst interessante Lösung, um den Lesern die Möglichkeit zu geben, in der Masse der heute verfügbaren Informationen Urteilsvermögen zu beweisen und die Arbeit von professionellen Journalisten von der Produktion von Propagandaorganen wie Russia Today oder Sputnik zu unterscheiden. In einem anderen Zusammenhang könnte ich auch die Arbeit des Conspiracy Observatory oder des Vereins "What the Fake" erwähnen, die von der interministeriellen Delegation im Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Hass gegen LGBT-Personen DILCRAH und dem Interministeriellen Ausschuss zur Verhütung und Aufdeckung von Radikalisierung unterstützt werden. Der Europarat hat auch Frankreich als Beispiel für die Kampagne "On te manipule" genannt. Manipulationen können demnach aufgedeckt und angeprangert werden, und diese Bemühungen müssen fortgesetzt werden, und es liegt dann in der Verantwortung der Medien und insbesondere derjenigen, die - wie die Presseagenturen und ich begrüße die Teilnahme des CEO der AFP, Herrn Emmanuel Hoog, an unseren Debatten - eine wichtige globale Wirkung haben und sich nicht an der Reproduktion dieser Kampagnen beteiligen. Die von Jugendlichen am häufigsten besuchten Websites haben ebenfalls eine wesentliche Verantwortung.

Natürlich spielen auch Projekte im Bereich der Medienerziehung eine wichtige Rolle. Es liegt daher in unserer gemeinsamen Verantwortung, jungen Menschen die entscheidenden Instrumente zu geben, die sie benötigen, um Online-Informationen bewusst zu nutzen.

Der von Kulturministerin Françoise Nyssen angekündigte Plan im Bereich der Medienerziehung soll dieser Herausforderung gerecht werden. Die Forschung arbeitet ebenfalls an der Entwicklung von Lehrplänen, um unser Verständnis dieses Phänomens zu verdeutlichen und zukünftige Bedrohungen zu antizipieren. Die Europäische Union selbst muss bei der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation und Verschwörungstheorien im Internet eine Rolle spielen.

All diese Projekte sind konkrete Instrumente der Autonomie, um jedem die Möglichkeit zu geben, sich in einem chaotischen und sich verändernden Informationsfeld zu orientieren. Hier geht es um die Schaffung von Behördern Helfern. Ich hoffe, dass mein Ministerium seinen Teil dazu beitragen und über unseren digitalen Botschafter David Martinon mit all diesen Initiativen in Kontakt bleiben wird.

Die Entstehung eines globalen digitalen Raums stellt einen Wandel dar, wie es nur wenige in der Geschichte der Menschheit gegeben hat. Keine Generation vor uns war in der Lage, in so kurzer Zeit und aus so unterschiedlichen Horizonten so viele Informationen über das Weltgeschehen zu erhalten. Diese beispiellose Erweiterung des öffentlichen Raums bietet sicherlich neue Möglichkeiten für die Bestrebungen unserer Demokratien; sie birgt auch neue Risiken der Entfremdung für Individuen und Gesellschaften. Es ist die Aufgabe unserer Generation diesen Herausforderungen zu begegnen. Heute haben wir dazu beigetragen. Vielen Dank.